

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Adi Sprinkart**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

vom 31.07.2012

Verbesserungen im öffentlichen Dienst im Entwurf des Doppelhaushalts 2013/2014

Die Staatsregierung plant nach Aussagen von Staatsminister Söder vom 2. Juli 2012 ein „Beamten-Paket“ in Höhe von 250 Mio. Euro. Bezug nehmend auf die Antwort auf meine Anfrage zum Plenum vom 16. Juli 2012 (Drs. 16/13428) frage ich die Staatsregierung:

1. In welcher Höhe werden im Entwurf des Doppelhaushalts 2013/2014 Ausgaben für die zugesagten Beförderungsstellen und der finanziellen Ausstattung der Leistungselemente nach dem Neuen Dienstrecht in den einzelnen Ressorts veranschlagt?
2. In welcher Höhe werden Verbesserungen bei den Leistungsbezügen in den einzelnen Ressorts im Entwurf des Doppelhaushalts 2013/2014 veranschlagt?
3. In welcher Höhe verringern sich die Einsparungen durch das Auslaufen der Absenkung der Eingangsbesoldung in den einzelnen Ressorts im Entwurf des Doppelhaushalts 2013/2014?
4. In welcher Höhe werden Ausgaben für (Plan-) Stellenhebungen in den einzelnen Ressorts im Entwurf des Doppelhaushalts 2013/2014 veranschlagt?
5. In welcher Höhe werden Ausgaben zur Finanzierung der Reduzierung der haushaltsgesetzlichen Wiederbesetzungssperre in den einzelnen Ressorts im Entwurf des Doppelhaushalts 2013/2014 veranschlagt?
6. In welcher Höhe werden Ausgaben zur Neuregelung der Professorenbesoldung im Entwurf des Doppelhaushalts 2013/2014 veranschlagt?
7. In welcher Höhe werden Ausgaben zur Rückführung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden in den einzelnen Ressorts im Entwurf des Doppelhaushalts 2013/2014 veranschlagt, wie viele neue Stellen werden in den einzelnen Ressorts dadurch geschaffen?
8. Wie viele neue Stellen sollen über die unter 7. abgefragten Stellen im Entwurf des Doppelhaushalts 2013/2014 im Vergleich zum Stellenplan des Jahres 2012 in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, bei Justiz und Polizei sowie bei den Finanzämtern (insbesondere für die Betriebsprüfung) ausgebracht werden?

Antwort

des Staatsministeriums der Finanzen

vom 03.09.2012

Vorbemerkung

Das Bayerische Kabinett hat am 31. Juli 2012 den Entwurf des Haushaltsplans 2013/2014 beschlossen. Der Freistaat Bayern wird mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 nunmehr zum achten und neunten Mal einen Haushalt vorlegen, der ohne Einnahmen aus Krediten ausgeglichen werden kann; es können sogar Schulden zurückbezahlt werden.

Der Entwurf des Doppelhaushalts 2013/2014 enthält neben der Finanzierung der Zukunftsfelder Demografischer Wandel, Energie und Klimaschutz aber auch beträchtliche Verbesserungen im Personalbereich wie zum Beispiel die Wiedergewährung der Leistungsbezüge, das Auslaufen der Absenkung der Eingangsbesoldung, die Rückführung der Wochenarbeitszeit der Beamten und Beamtinnen auf 40 Wochenstunden, zusätzliche Stellenhebungen bzw. zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten in allen staatlichen Bereichen, die Verkürzung der Wiederbesetzungssperre von zwölf auf drei Monate sowie eine deutliche Verbesserung der Personalausstattung in Form von neuen Stellen in verschiedenen Bereichen (insbesondere in den Bereichen Bildung, Innere Sicherheit und Finanzämter). Mit diesen Maßnahmen werden die Verbesserungen im Doppelhaushalt 2009/2010 – der bereits wesentliche Verbesserungen im Rahmen des Neuen Dienstrechts in Bayern vorsah – deutlich ausgebaut und aufgestockt.

Zu 1.:

Die Bayerische Staatsregierung wird dem Bayerischen Landtag die Ausbringung von Stellenhebungen als Kernelement zur Honorierung der Leistung im Zusammenhang mit dem Neuen Dienstrecht in Bayern, Stellenhebungen im Zusammenhang mit den Zielen der Verwaltungsreform „Verwaltung 21“ und die Ausbringung von Stellenhebungen im Rahmen der Umsetzung der neuen Entgeltordnung im Tarifbereich vorschlagen.

Für die genannten kostenwirksamen Stellenhebungen sind folgende Beträge im Entwurf des Doppelhaushalts 2013/2014 veranschlagt (Summe der Haushaltsbeträge für die Haushaltsjahre 2013 und 2014; jeweils gerundet auf volle Tsd. Euro): 29 Tsd. Euro im Epl. 01 (Landtagsamt, Datenschutzbeauftragter), 65 Tsd. Euro im Epl. 02 (Staatskanzlei), 20.083 Tsd. Euro im Epl. 03A (Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern), 2.408 Tsd. Euro im Epl. 03B (Geschäftsbereich Oberste Baubehörde), 7.973 Tsd. Euro im Epl. 04 (Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz), 9.304 Tsd. Euro im Epl. 05 (Geschäfts-

bereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus), 9.550 Tsd. Euro im Epl. 06 (Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen), 446 Tsd. Euro im Epl. 07 (Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie), 3.152 Tsd. Euro im Epl. 08 (Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten), 1.659 Tsd. Euro im Epl. 10 (Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen), 60 Tsd. Euro im Epl. 11 (Oberster Rechnungshof), 4.793 Tsd. Euro im Epl. 12 (Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit) und 3.928 Tsd. Euro im Epl. 15 (Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst).

Hinzu kommen gesetzlich vorgeschriebene Stellenhebungen zum Beispiel im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften (z. B. bei Veränderung der Anzahl der Planstellen über die die betreffende Person die Dienstaufsicht führt). Weiterhin wurden in den Entwürfen der Stellenpläne sog. kostenneutrale Stellenhebungen (Stellenhebungen, die von den Ressorts selbst – innerhalb der Personalausgaben – finanziert wurden) ausgebracht, die naturgemäß keine Erhöhung der Personalausgaben nach sich ziehen.

Die Leistungsbezüge gemäß Art. 66 ff. BayBesG wurden im Entwurf des Doppelhaushalts 2013/2014 wie folgt veranschlagt (Summe der Haushaltsbeträge für die Haushaltsjahre 2013 und 2014; jeweils gerundet auf volle Tsd. Euro): 20 Tsd. Euro im Epl. 01 (Landtagsamt, Datenschutzbeauftragter), 40 Tsd. Euro im Epl. 02 (Staatskanzlei), 2.134 Tsd. Euro im Epl. 03A (Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern), 306 Tsd. Euro im Epl. 03B (Geschäftsbereich Oberste Baubehörde), 1.266 Tsd. Euro im Epl. 04 (Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz), 10.966 Tsd. Euro im Epl. 05 (Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus), 2.326 Tsd. Euro im Epl. 06 (Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen), 86 Tsd. Euro im Epl. 07 (Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie), 650 Tsd. Euro im Epl. 08 (Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten), 336 Tsd. Euro im Epl. 10 (Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen), 42 Tsd. Euro im Epl. 11 (Oberster Rechnungshof), 434 Tsd. Euro im Epl. 12 (Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit) und 1.414 Tsd. Euro im Epl. 15 (Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst).

Zu 2.:

Siehe Antwort zu Frage 1.

Zu 3.:

Die Einsparungen durch das Auslaufen der Absenkung der Eingangsbesoldung verringern sich in der Summe im Entwurf des Doppelhaushalts 2013/2014 um geschätzt rd. 30 Mio. Euro. Die Summe wurde pauschal für den gesamten Staatshaushalt geschätzt.

Zu 4.:

Siehe Antwort zu Frage 1.

Zu 5.:

Die im Entwurf des Doppelhaushalts 2013/2014 veranschlagten Ausgaben zur Finanzierung der Reduzierung der haushaltsgesetzlichen Wiederbesetzungssperre belaufen sich in der Summe auf rd. 50 Mio. Euro. Die Summe wurde pauschal für den gesamten Staatshaushalt geschätzt.

Zu 6.:

Die im Entwurf des Doppelhaushalts 2013/2014 veranschlagten Ausgaben zur Neuregelung der Professorenbesoldung belaufen sich in der Summe auf rd. 26 Mio. Euro.

Zu 7.:

Die nachfolgenden Kostenangaben beziehen sich auf die ab 2014 anfallenden gerundeten Jahreskosten (auf der Basis der durchschnittlichen Stellingehälter des Jahres 2014), ohne eventuelle zeitliche ausgabenrelevante Effekte bei der tatsächlichen Stellenbesetzung zu berücksichtigen: Im Epl. 02 (Staatskanzlei) zwei (Plan-) Stellen im Haushaltsjahr 2012 und zwei (Plan-) Stellen im Haushaltsjahr 2013 mit einem Kostenvolumen in Höhe von insgesamt 0,3 Mio. Euro; im Epl. 03A (Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern) 772 (Plan-) Stellen im Haushaltsjahr 2011, 42 (Plan-) Stellen im Haushaltsjahr 2012 und 39 (Plan-) Stellen im Haushaltsjahr 2013 mit einem Kostenvolumen in Höhe von insgesamt 33 Mio. Euro; im Epl. 03B (Geschäftsbereich Oberste Baubehörde) fünf (Plan-) Stellen im Haushaltsjahr 2012 und sechs (Plan-) Stellen im Haushaltsjahr 2013 mit einem Kostenvolumen in Höhe von insgesamt 0,7 Mio. Euro; im Epl. 04 (Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz) 76,5 (Plan-) Stellen im Haushaltsjahr 2011, 30,36 (Plan-) Stellen im Haushaltsjahr 2012 und 30,8 (Plan-) Stellen im Haushaltsjahr 2013 mit einem Kostenvolumen in Höhe von insgesamt 6,3 Mio. Euro; im Epl. 05 (Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus) 1.324,3 (Plan-) Stellen im Haushaltsjahr 2012 und 900 (Plan-) Stellen im Haushaltsjahr 2013 mit einem Kostenvolumen in Höhe von insgesamt 122,8 Mio. Euro; im Epl. 06 (Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen) eine (Plan-) Stelle im Haushaltsjahr 2011, 7,2 (Plan-) Stellen im Haushaltsjahr 2012 und 5,35 (Plan-) Stellen im Haushaltsjahr 2013 mit einem Kostenvolumen in Höhe von insgesamt 0,6 Mio. Euro; im Epl. 07 (Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie) eine (Plan-) Stelle im Haushaltsjahr 2012 und eine (Plan-) Stelle im Haushaltsjahr 2013 mit einem Kostenvolumen in Höhe von insgesamt 0,2 Mio. Euro; im Epl. 08 (Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) drei (Plan-) Stellen im Haushaltsjahr 2012 und vier (Plan-) Stellen im Haushaltsjahr 2013 mit einem Kostenvolumen in Höhe von insgesamt 0,4 Mio. Euro; im Epl. 10 (Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen) zwei (Plan-) Stellen im Haushaltsjahr 2011, sechs (Plan-) Stellen im Haushaltsjahr 2012 und 9,15 (Plan-) Stellen im Haushaltsjahr 2013 mit einem Kostenvolumen in Höhe von insgesamt 0,5 Mio. Euro; im Epl. 12 (Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit) zwei (Plan-) Stellen im Haushaltsjahr 2011, acht (Plan-) Stellen im Haushaltsjahr 2012 und acht (Plan-) Stellen im Haushaltsjahr 2013 mit einem Kostenvolumen in Höhe von insgesamt 0,9 Mio. Euro; im Epl. 15 (Geschäfts-

bereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst) sechs (Plan-) Stellen im Haushaltsjahr 2011, 173,65 (Plan-) Stellen im Haushaltsjahr 2012 und 182 (Plan-) Stellen im Haushaltsjahr 2013 mit einem Kostenvolumen in Höhe von insgesamt 26,3 Mio. Euro.

Zu 8.:

Folgende Personalmehrungen sind im Entwurf des Doppelhaushalts 2013/2014 vorgesehen: Im Epl. 01 (Landtagsamt, Datenschutzbeauftragter) 18 (Plan-) Stellen; im Epl. 03A (Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern) 28 (Plan-) Stellen für die Landratsämter (Trinkwasserverordnung), 96 (Plan-) Stellen für die Polizei und vier (Plan-) Stellen für die Feuerweherschulen; im Epl. 04 (Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz) 128 (Plan-) Stellen für die Gerichte und Staatsanwaltschaften, 38 (Plan-) Stellen für die Bewährungshilfe, 50 (Plan-) Stellen für die Justizvollzugsanstalt Gablingen und 10 (Plan-) Stellen für die Betriebsmedizin in den Justizvollzugsanstalten; im Epl. 05 (Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus) 149 (Plan-) Stellen für Verbesserungen im Schulbereich und 1.160 (Plan-) Stellen im Rahmen der Belassung der Demografischen Rendite; im Epl. 06 (Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen) 200 (Plan-) Stellen für die Steuerverwaltung; im Epl. 07 (Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie) eine (Plan-) Stelle für den Fördervollzug und sieben (Plan-) Stellen für Energiebeauftragte; im Epl. 12 (Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit) fünf (Plan-) Stellen für die Arzneimittel- und Medizinprodukteüberwachung und sieben (Plan-) Stellen für Tätigkeiten im Zusammenhang mit Industrieemissionen; im Epl. 15 (Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst) 56 (Plan-) Stellen für Demografieprojekte an den Hochschulen, 40 (Plan-) Stellen für das Virchow-Zentrum, zwei (Plan-) Stellen für das Museum der Bayerischen Geschichte, eine (Plan-) Stelle für die Ägyptische Staatssammlung und eine (Plan-) Stelle für

die Archive. Darüber hinaus wurden zur Errichtung der ZLS (länderfinanzierte Einrichtung) kostenneutral im Epl. 10 (Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen) insgesamt 4,5 (Plan-) Stellen ausgebracht.

Weiterhin sind im Entwurf des Doppelhaushalts 2013/2014 folgende neue Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Anwärter) für die rechtzeitige Ausbildung des Ersatzes ausscheidender Beamter und Beamtinnen enthalten: 840 Stellen für Beamte auf Widerruf im Epl. 03A (Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern), rd. 600 Stellen für Beamte auf Widerruf im Epl. 06 (Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen) und zwei Stellen für Beamte auf Widerruf im Epl. 13 (Allgemeine Finanzverwaltung).

Ferner werden neben kostenneutralen Anpassungen des Stellenplans (z. B. Etatisierung von gemäß Art. 6 Abs. 6, 7 und 12 Haushaltsgesetz 2011/2012 im Haushaltsvollzug geschaffenen Stellen) die im Nachtragshaushaltsgesetz 2012 geschaffenen (Plan-) Stellen etatisiert: Im Epl. 03A (Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern) sieben (Plan-) Stellen für die Landratsämter, vier (Plan-) Stellen für den Verfassungsschutz und 25 (Plan-) Stellen für die Feuerweherschulen; im Epl. 04 (Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz) 140 (Plan-) Stellen für das Sicherheitskonzept, 71 (Plan-) Stellen für die Sicherungsverwahrung und 74 (Plan-) Stellen für die Sozialtherapie; im Epl. 05 (Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus) 14 Stellen für Verwaltungsangestellte (Tit. 428 11), 1.082 Planstellen für Lehrer (Streichung eines kw-Vermerks); im Epl. 07 (Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie) eine (Plan-) Stelle für die Energieagentur; im Epl. 15 (Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst) 121,17 (Plan-) Stellen im Rahmen des Demografischen Wandels.